

## Presseerklärung zur heutigen Landtagsdebatte über die Unterrichtsversorgung an den nds. Schulen

**Einmal mehr wurde die Auffassung der Direktorenvereinigung durch die heutige Landtagsdebatte bestätigt, dass eine langfristige, verlässliche Personalplanung unabdingbare Voraussetzung dazu ist, gute Schule zu machen.**

Die von der Kultusministerin heute vorgelegten Zahlen verdeutlichen, was viele der Gymnasialdirektoren und –direktoren seit Ende der Weihnachtsferien erleben: Anrufe der Personalplaner der Landes Schulbehörde, in denen darum gebeten wird, nach Möglichkeit kleine Stundenkontingente bereit zu stellen, mit denen weniger gut versorgten Schulen kurzfristig geholfen werden soll – teilweise auch im Tausch gegen eine Planstelle, die quasi zu sofort besetzt werden kann. Das Problem dabei ist nur: In Mangelfächern sind so gut wie keine qualifizierten Kräfte mehr zu finden – erst recht nicht kurzfristig und abseits der Ballungszentren, wo die Not am größten ist. Außerdem ist die Planung des Unterrichtseinsatzes der Lehrkräfte zum jetzigen Zeitpunkt weitgehend abgeschlossen, um das 2. Schulhalbjahr am 1. Februar organisiert beginnen zu können. Entsprechend wenig Widerhall finden die verzweifelten Aktivitäten der Landesschulbehörde zum jetzigen Zeitpunkt, zumal sie keinerlei Kontinuität bieten. Des Weiteren wird durch die Ausführungen der Ministerin indirekt auch die Position der Direktorenvereinigung bekräftigt, dass am Gymnasium eine stabile Versorgung weit oberhalb von 100 % erforderlich ist, um ein vielfältiges Angebot für den Unterricht und darüber hinaus verlässlich organisieren zu können. Die Ministerin selbst hat eingeräumt, dass am Gymnasium im Gegensatz zur Gesamtschule, wo bereits ein Versorgungsgrad von 71% hinreicht, um den Pflichtunterricht zu sichern, allein hierfür eine prozentuale Unterrichtsversorgung von über 90% erforderlich ist. Entsprechend weniger Stunden stehen den Gymnasien bei gleicher Schulgröße also für den Nachmittagsbereich, Unterstützungs- und Förderangebote zur Verfügung. Auch diese Ungleichbehandlung der Schulformen wird seitens der Direktorenvereinigung bereits seit Längerem beklagt, ist vom Kultusministerium bislang jedoch immer vehement bestritten worden – ganz abgesehen davon, dass ein durchschnittlicher Versorgungsgrad von etwas oberhalb von 90 Prozent keineswegs bedeutet, dass alle Gymnasien dementsprechend versorgt wären.

Zu wünschen wäre, dass sich die Verantwortlichen der heute auch im Landtag deutlich gewordenen Misere mit Blick auf den nächsten Schuljahreswechsel früher und grundlegender annehmen.

21. 1. 2016

Stefan Bungert, Pressesprecher NDV